

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Montag, den 25. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die glücklichen Liberalen und der heitere Kaiser!

Wonniglich leuchtet es von den Antlitzern der drei liberalen Männer, die im Reichstagspräsidium sitzen. Sie erstrahlen vom Abglanz kaiserlicher Huld, die ihnen zu teil ward. Die kaiserliche Huld, die heiß ersehnte, kam spät, aber um so rührender wurde das feierliche Ereignis.

Als vor einigen Wochen, da noch der rote Scheidemann provisorischer Vizepräsident war, die Herren Kaempf und Dove um die Audienz im Kaiserpalast nachsuchten, wurden sie abschlägig beschieden. Bethmann-Hollweg hatte dem Kaiser geraten, ein „unvollständiges Präsidium“ nicht zu empfangen, weil das gegen das Herkommen sei. Danach war alles auch ohne den Besuch im Schloß seinen Gang gegangen. Die Reichstagsgeschäfte litten nicht und es konnte scheinen, als ob die Dinge im deutschen Lande wahrhaftig auch ohne die Zeremonie der Begegnung von Kaiser und Reichstagspräsidium ihren Lauf nehmen können. Als das neue sozialistereinere Präsidium gewählt wurde, war keine Rede mehr davon, daß es zum Schloß gehen müsse. Die ganze Angelegenheit schien bereits vergessen und verjunken.

Sedach in einer nationalen und liberalen Helldenbrust drängt es ungerne nach der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Reichstag und Kaiserpalast. Herr Paasche, der erste Vizepräsident an Scheidemanns Stelle, setzte sich in Verbindung mit dem Hofmarschallamt, um dem Kaiser die Aufwartung zu machen. Nun gab Bethmann-Hollweg den Rat, daß man auch die beiden anderen Mitglieder des Präsidiums einladen möge. Zwar entsprach auch dies Verfahren nicht dem heiligen Zeremoniell, aber wenigstens war das Präsidium nunmehr „vollständig“.

Der Empfang der drei liberalen Männer dauerte, wie der offizielle Bericht sorgfältig vermeldet, 20 Minuten. Der Kaiser schien „sehr frisch und heiter gestimmt“. Vielleicht war es ihm doch ein Gefühl der Erleichterung, daß er die Herren Kaempf und Paasche und Dove in seine Hallen treten sah. Man weiß ja, wie unendlich peinlich es am Hofe empfunden worden war, als August Bebel's Präsidentschaftskandidatur im Reichstag nicht weniger als 175 Stimmen erhielt. Der böse Traum war glücklich verjährt. Der Kaiser soll seine Freude über die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks ausgesprochen haben. Auch gewiß, auch von den Kohlenarbeitern fürchtete man in den Hofkreisen Erschreckliches und glaubt nun wieder aufatmen zu können. Von der Not der Grubenklaven und dem Hochmut der Zechenherren scheint nicht gesprochen worden zu sein. Dann hat der Kaiser noch die Hoffnung ausgesprochen, daß es bald gelingen werde, die neuen Wehrvorlagen im Reichstage zur Annahme zu bringen. Nicht nur der militärwütige nationalliberale Paasche vernahm so des Kaisers eifrigen Wunsch, sondern auch die Fortschrittler, und der Wunsch wird ihnen Befehl sein. Sie werden, bestrahlt von der Huld der höchsten Stelle, hingehen und dem Militarismus jedes neue Opfer darbringen. Von den Steuern sprach man wohl nicht und die Liberalen werden über diesen Stein des Anstoßes ebenso hinwegkommen wie über die Zwirnsfäden ihrer angeblieben internationalen Verständigungsneigungen.

Die Liberalen sind glücklich. Die gute Tante Wobbe schwimmt in Wonnen und jubelt in die schöne Welt hinaus:

„Die normalen Beziehungen zwischen Hof und Parlament sind wiederhergestellt. Alle reaktionären Späßen haben seit geraumer Zeit von den Dächern gepfeifen, die Liberalen seien nur noch Vasallen, nur noch Hörige der Sozialdemokratie, seien Feinde der Monarchie und Schrittmacher der Revolution. Wenn es wahr wäre, der Kaiser hätte sie nicht empfangen dürfen. Aber er hat sie eingeladen und empfangen. Also ist es nicht wahr — wird der unbeteiligte Zuschauer schließen. Das Präsidium wird vom Staatsoberhaupt jetzt ebenso behandelt wie das frühere.“

Glückliche Liberalen!
Der Kaiser aber tritt seine Reise nach dem schönen Korfu in den griechischen Gewässern an, wo kein ärgerliches Heime-Standbild ihm noch in den Weg tritt. Allerdings soll der sehr lange und gar nicht kurzweilige Theodor dort bald auf einige Tage besuchen und im Reich über die politischen Dinge erfahren. Voraussichtlich regnet die Kritik in den obersten Regierungskreisen verheerend. Die letzten Tage haben ausgiebig gezeigt, wie unsicher und schwankend „dort droben“ alles bestellt ist. Schon schienen nicht bloß Kiderlens Tage im Auswärtigen Amt gezählt — tatsächlich soll ihm, so

geht die Kunde, nur noch kurze Frist gesetzt bleiben —, sondern auch des Reichskanzlers Tage. Hat doch wirklich der Herr v. Bethmann keine einzige Partei hinter sich in den innerpolitischen Fragen und in den auswärtigen Problemen, in der Flottenrüstungsfrage spielt entschieden der Kampf zwischen den vorsichtigen Flottenvermehrern und den tolleren Treibern, die sich um Tirpitz scharen. Vorläufig ist die Krise vertagt und der Kaiser ist heiter gestimmt.

Aber nach Korfu werden die ersten Probleme erst recht anrücken. Dann wird die Sozialdemokratie Rechenschaft fordern über die Anarchie in den Reichsämtern, über die trostlose Verwirrung des bürokratischen Regiments und über die furchtbaren Gefahren des neuesten Rüstungskurses. Durch Audienzen in Kaiserpalästen sind die großen Fragen unseres politischen Lebens wahrlich nicht zu lösen!

Die Wehrvorlage — ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die neue Wehrvorlage, über die die Reichsregierung vor einigen Tagen den Schleier ein wenig gelüftet hat, wird das deutsche Volk von neuem furchtbar belasten. Obwohl noch kein Mensch weiß, wie diese Lasten zu tragen sind, halten die Überpatrioten diese Vorlage erst für den Anfang weiterer Heeres- und Flottenvermehrungen für einen Tropfen auf dem heißen Stein. Aber auch die Liberalen sind bereit, diese Vorlage zu schlucken. In dem freisinnigen Blätterwald hört man nichts von Opposition rauchen, und das offizielle Organ der Nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, sagt: „Es muß jedem Patrioten die Feststellung eine hohe Genugtuung bereiten, daß diese beiden Entwürfe, die immerhin eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 29 000 Mann und eine jährliche Ausgabenvermehrung um zunächst 100 bis 120 Millionen Mark bringen, von allen politischen Parteien nur noch bei der Sozialdemokratie Widerspruch und Ablehnung erfahren.“ Weiter konstatiert die „Nat. Korresp.“, daß den jetzigen Vorlagen so ziemlich allseitig das Zeugnis unzulässiger Beschränkung ausgestellt werde. Weit schärfer werde aber der ungenügende Charakter der Flottennovelle hervorgehoben. Scheinbar parteiunabhängig erklärt die „Nationalzeitung“ in auffälligem Druck: „In leitenden Kreisen der nationalliberalen Partei werden die Wehrvorlagen als Ausfüllung offenkundiger Lücken und zum Teil auch als Wiedergutmachung früherer Unterlassungssünden, namentlich bei der Armee, mit großem Beifall aufgenommen. . . . Aber die in Aussicht genommene Art der Deckung wird sehr absparend beurteilt; der Ertrag der Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe wird nach Abzug aller notwendigen Entschädigungen sogar nur noch auf fünfzehn Millionen Mark geschätzt. Indessen besteht kein Zweifel darüber, daß sich für die Vorlagen selbst eine gewaltige Mehrheit im Reichstage finden wird.“

Die konservativen Organe sind durch die Vorlagen noch viel weniger zufriedengestellt. Die „Post“ jammert, von einer wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht könne heute noch nicht die Rede sein, denn nach wie vor müßten viele Tausende junger Leute, die für den Waffendienst befähigt sind, der Ersatzreserve zugeschoben werden. Die „Post“ hat erwartet, daß neben der Aufstellung der zwei neuen Armeekorps die Heeresvorlage die fehlenden 33 Bataillone endlich gebracht hätte; statt ihrer werden nur 14 aufgestellt. Auch die Kavallerie und Artillerie sei nur spärlich bedacht worden. Das konservative Blatt schließt seinen Artikel wie folgt: „Außer diesen hauptsächlichsten Punkten sind noch eine große Anzahl mehr oder weniger bedeutender Lücken vorhanden, die die Heeresvorlage nicht erledigt und wir dürfen füglich sagen, daß die Vorlage nur einen Teil der Lücken schließt, die die Organisation unserer Armee aufweist. Das, was die Heeresvorlage bringt, muß daher ohne jeden Abzug unter allen Umständen durchgeführt werden.“

In gleicher Weise urteilen andere rechtsstehende Blätter.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Das Urteil über die Wehrvorlagen kann nach Bekanntgabe der Grundzüge noch kein abschließendes sein, im ganzen handelt es sich wohl um ein Minimum dessen, was notwendig ist. Von diesem etwa noch Abstriche zu machen, würde militärisch ein unverzeihlicher Fehler sein.“

Den Vogel bei dem Rüstungskrummel schießt der konservative „Reichsbote“ ab, der schreibt: „Wir lassen die Heeresvermehrung noch einmal zusammenfassen: Eine Armeesinspektion, zwei Generalkommandos, zwei Divisionsstäbe, 14 Infanteriebataillone, 4 Feldartilleriebrigaden, 3 Pionierbataillone, 3 Trainbataillone, 1 Kavallerieregiment, etwa 70 Maschinengewehrkompanien, eine Fliegertruppe, außerdem Erhöhung des Etats bei einer

großen Anzahl von Infanteriebataillonen und Feldartillerieabteilungen, Schaffung von Offiziersstellen, Erhöhung der Mannschaftslöhne. Alles dieses bedeutet gewiß einen Schritt vorwärts. Aber so befriedigend, wie eine Heeresvorlage in dieser kritischen Zeit, nach diesen schweren Krisen, sich gestalten müßte, um den chauvinistischen Brählern in Frankreich und England den entsprechenden Dämpfer aufzusetzen, ist diese Vorlage nicht. Die Heeresverwaltung hat offenbar mit diesem rosaroten Reichstag und nicht mit der Stimmung im Lande gerechnet, und aus dieser unangebrachten Rücksichtnahme heraus erheben sich die Forderungen nicht über das Notdürftigste. Man muß aber bedenken, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit gern bereit ist, Opfer zu bringen, ja, daß es die Heeresverwaltung geradezu drängt, ausreichende Vorlagen einzubringen. Umso erstaunlicher ist diese Mott-herzigkeit derselben. Was hat Preußen-Deutschland groß gemacht? Nicht die Rücksichtnahme auf ein Parlament, das damals noch viel weniger für Heeresvorlagen zu haben war, als das heutige, sondern ein herzhaftes Zusage des einmal für notwendig Erkannten, ohne Scheu vor einem Konflikt. Damals standen allerdings Männer wie Bismarck und Roon an der richtigen Stelle. Eine Mehrinstellung von 29 000 Mann ist nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Es zeugt von einer Dreistigkeit sondergleichen, zu sagen, das deutsche Volk werde gern bereit sein, die erforderlichen Opfer für die neue Heeresvorlage zu bringen, nachdem die Lunker und Pfaffen sich geweigert haben, die Erbschaftsteuer anzunehmen. Sicher sollen die Lasten wieder dem „deutschen Volke“, d. h. den Minderbemittelten, aufgeschult werden, während die Besitzenden sich von ihrer „patriotischen Pflicht“ drücken. Aber ehe es weit ist, werden die Vertreter des deutschen Volkes, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und die Arbeiterschaft selbst ein kräftiges Wort sprechen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abschluß der sozialpolitischen Debatten.

Der Etatsnot soll durch ein besonderes Gesetz abgeholfen werden, das den Reichshaushalt vorläufig regelt, ehe das neue Rechnungsjahr beginnt. Aber der Notgesetzentwurf ist nicht ganz so harmlos formaler Natur, wie es Sonnabend der neue Staatssekretär des Reichsschatzamt's glauben machen wollte. Herr Kühn kündigte in diesem Zusammenhang die grundsätzlichen finanzpolitischen Erörterungen für die Beratung der Rüstungsvorlagen an, und er benutzte die Gelegenheit, um seinem Vorgänger einige Worte milder Erinnerung zu widmen. Da indessen der Entwurf der Regierung eine allgemeine Ermächtigung zu Ausgaben geben will, so wurde auf Antrag der Fortschrittler, dem Genosse Molkenbuth ausdrücklich beifolgt, die Vorlage zunächst an die Budgetkommission verwiesen.

Die Zuckerkonvention hingegen wurde sofort in zwei Lesungen erledigt, nachdem sie noch eine interessante Debatte veranlaßt hatte. Graf Schwerin-Löwitz vertrat die ablehnende Haltung der unentwegten und nimmerjätten Agrarier. Demgegenüber konnte Genosse Bernstein zahlenmäßig nachweisen, was von der angeblichen Schädigung und Opferfreudigkeit der Zuckerindustrie zu halten ist. Unfere Zustimmung zur Konvention erklärte er aus dem Grunde, weil wir unter keinen Umständen die Rückkehr der alten vertraglosen Zeit und der Prämienwirtschaft wollen. Unsere Forderung auf Herabsetzung der Zuckersteuer wurde auch von dem Nationalliberalen Sieg und vom Fortschrittler Dr. Doormann unterstützt. Herrn Dr. Trendt ist die Konvention nahezu so unannehmbar wie seinem gräflichen Nachbar. Aber seine Anregung, die zweite Lesung und damit die Wirksamkeit der Konvention noch aufzuschieben, hat wenig Erfolg. Er findet zwar noch einige Unterstützung bei dem Welfen Meding und bei dem Nationalliberalen Klempner, aber Abgeordneter Dr. Spahn sprach die Zustimmung des Zentrums aus. Der vom Grafen Schwerin unternommene Versuch einer Polemik gegen die Sozialdemokratie wurde vom Genossen Wurm unschwer zurückgewiesen.

Dann wurde endlich und wirklich der Etat des Reichsamt's des Innern erledigt. Herr Dr. Jaeger vom Zentrum verlangte ein Reichswohnungs-gesetz, das die Einzelstaaten zu lebhafter Tätigkeit zwingen soll. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte sich bereit, an den Arbeiten einer Kommission energisch mitzuarbeiten, deren Einsetzung beantragt ist. In der weiteren Debatte macht Genosse Fischer-Hameln noch auf besonders schlimme Fälle im Wohnungselend aufmerksam. Alle Anträge und Resolutionen gehen an eine besondere Kommission, in der

die Regierung nun ihren Willen zur Tat bekunden kann.

Die Generaldebatte des Postetats begann mit einer Rede des Genossen Zubeil. Der Redner seiner Fraktion brachte in ausführlicher Rede die zahllosen Beschwerden und Klagen der Postbeamten und Postunterbeamten vor. In vielen Einzelfällen konnte er nachweisen, wie unsozial, ungerecht und willkürlich die Postverwaltung verfährt. Es war eine deutliche Sprache, in der Genosse Zubeil redete.

Die Fortsetzung der Generaldebatte findet am Dienstag statt, nachdem zuvor die Juckerkonvention und einige Wahlprüfungen erledigt sind.

Der Kampf um das Streikpostenstehen in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat am Freitag folgende Interpellation eingebracht: Ist es der Königlich-sächsischen Staatsregierung bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen i. V. der Arbeiterschaft das gesetzlich gewährleistete Recht des Streikpostenstehens mit Hilfe von örtlichen Polizeimahregeln unmöglich macht? Was gedenkt die Königlich-sächsische Staatsregierung zu tun, diesen Zustand zu beseitigen?

Der Anlaß dazu ist das Vorgehen der Polizeibehörde in Plauen, bei jeder Lohnbewegung das Streikpostenstehen auf Grund der Verkehrsordnung einfach unmöglich zu machen. Der Landtagsabgeordnete Genosse Winkler wurde dieser Tage in Plauen, als er sich in einer der gesperrten Straßen befand, angehalten, und auf seine Angabe, daß er das Recht des Streikpostenstehens ausübe, verhaftet. Er legitimierte sich alsdann auf der Wache als Abgeordneter und wurde wieder entlassen. Durch diesen Vorgang ist bewiesen, daß, trotzdem der Verkehr in keiner Weise gestört war, die Polizei doch das Streikpostenstehen verhinderte.

Wie man hört, soll die Regierung auch schon eingehende Erkundigungen eingezogen haben.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion

hat den Abgeordneten Prinzen zu Schönau-Carolath zum ersten und den Abg. Sieg zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden Basser mann gewählt.

Fort mit der Redefreiheit.

Im preußischen Dreiklassenhaus sind die sozialdemokratischen Abgeordneten den Sunkern und Pfaffen ein Dorn im Auge, und sie verlangen daher fortgesetzt die Beschränkung der Redefreiheit. Die Regierung gibt nun die Geneigtheit kund, den Feinden der Wahrheit gegebenenfalls zu Willen zu sein. Anders kann es nicht aufgefaßt werden, daß das Regierungsblatt, die „Nordb. Allgem. Zeitung“, folgende Auslassungen der „Freikonj. Korresp.“ wiedergibt: „In einer aller parlamentarischen Form hohnsprechenden Weise machen insbesondere die Herren Abgg. Hoffmann und Liebknecht ständig Zwischenrufe, die schließlich den geordneten Gang der Verhandlungen kaum noch möglich erscheinen lassen. Die Sozialdemokraten üben hier einen Terror im kleinen, sie zeigen, welche Geringschätzung sie für Anstand und parlamentarische Ordnung haben. Es wird schließlich eine Pflicht der Selbstachtung für das Abgeordnetenhaus werden, sich hiergegen zur Wehr zu legen.“

Die Vertreter des arbeitenden Volkes im preußischen Abgeordnetenhaus werden sich trotz alledem nicht mundtot machen lassen.

Nationalliberale und Bündler.

Durch Gründung des liberalen Bauernbundes suchen die Nationalliberalen dem Bunde der Landwirte beizukommen. Im Großherzogtum Hessen aber sind Nationalliberale und Bund der Landwirte ein Herz und eine Seele. Der nationalliberale Abg. Winkler bedauerte in der zweiten hessischen Kammer, daß nicht die nationalliberale Kammerfraktion sich längst mit der der Bündler verschmolzen habe, da man doch vollkommen einig sei. Nach dem Bericht der nationalliberalen „Wormser Ztg.“, des Organs des immer noch nationalliberalen Freiherrn v. Heyl — der nur im Reichstag als „Wilder“ geführt wird — hat sich im rheinhesischen Dorfe Wintersheim ein „nationalliberaler Verein mit dem Wirtschaftsprogramm des Bundes der Landwirte“ — gegründet. Das ist eine sehr offenerzige, aber die einzig richtige Signatur des hessischen Nationalliberalismus. Der hessische Nationalliberalismus ist vollständig identisch mit dem Bunde der Landwirte. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß von den vier in Hessen als nationalliberalen gewählten Reichstagsabgeordneten nur einer, der Abg. Heck (Alsfeld-Lauterbach) vollgültiges Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion geworden ist; der Abg. Strack-Friedberg wird als Hospitant geführt und die hessisch-nationalliberalen Abg. Freiherr v. Heyl und Dr. Becker (Alzen-Dingen) laufen als „Wilder“ im Reichstag herum. Im Rührer ist Freiherr v. Heyl als „Mitglied der hessischen nationalliberalen Partei“ und Dr. Becker als „Mitglied des nationalliberalen Vereins Alzen“ eingetragen. Das nationalliberale Firmenschild wollen die beiden Herren also nicht entbehren.

Aus dem preussischen Dreiklassenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend zunächst zwei zum Kultusetat gestellte Anträge: einen nationalliberalen, der Mittel zur Beiseitigung der Überfüllung der Schulklassen verlangt, und einen fortschrittlichen, der die Beiseitigung der Halbtagschulen fordert. Als Genosse Borchardt zu diesen Anträgen sprach und dabei das ganze Volksschulwesen einer Kritik unterziehen wollte, wurde er vom Präsidenten v. Erffa wiederholt zur Sache gerufen und schließlich wurde ihm unter dem Beifall der Mehrheit das Wort entzogen. Das Vorgehen des Präsidenten ist durchaus ungerichtlich; es ist selbstverständlich, daß solche Anträge nur im Zusammenhang mit der Frage des Volksschulwesens überhaupt besprochen werden können. — Die Abstimmung ergab die Ablehnung des fortschrittlichen Antrages, während der nationalliberale der Budgetkommission überwiesen wurde. — Ein weiterer nationalliberaler Antrag, der die Erleichterung des Unterrichtsbesuchs für die Volksschullehrer wünscht, wurde der Untersuchungskommission überwiesen. — Die Debatte wandte sich hierauf zum Kapitel: Sugendpflege. Hierzu hatten unsere Genossen einen Antrag

eingebracht, die Mittel auch zur Förderung der Bestrebungen der freien Jugendorganisation und zum Kinderschutz zu verwenden. Die Redner, die bisher zu Wort kamen, der Konservative v. Götter, der Freikonservative von Kardorff und namentlich Kesternich vom Zentrum bekämpfte mit den üblichen Resten der sozialdemokratischen Bestrebungen auf Erziehung der Jugend. Namentlich der letztere brachte eine Unmenge Zitate vor, um zu beweisen, wie gefährlich die sozialdemokratischen Jugendorganisationen seien. Dabei passierte ihm das Unglück, daß er sich wiederholt auf Zitate bezog, die nicht von Sozialdemokraten, wohl aber von unseren berühmtesten Dichtern stammen. Nebenbei bemerkt, ist Herr Kesternich im Privatleben Hauptlehrer.

Dienstag Fortsetzung der Beratungen.

Die Notlage der Zündholzarbeiter.

Die „Ausg. Abendztg.“ bringt in der Nummer vom 21. März einen Artikel über die Notlage der Zündholzarbeiter, hervorgerufen durch das Zündholzsteuer-gesetz und die dadurch hervorgerufene Produktions-einschränkung. In dem Artikel heißt es u. a.: „Heute nach 1 1/2 Jahren mit 45 Proz. Arbeitskontingent ist auch noch ein Teil der schon bedeutend geschwundenen Arbeiterzahl noch ohne ihren ganzen Tagesverdienst, welcher den früheren Verhältnissen entsprechend oft sehr gering ist. . . Die Zündholzarbeiter, diese armen Teufel, haben bis jetzt noch keinen Pfennig Entschädigung oder Unterstützung erhalten und müssen mit ihren oft zahlreichen Familien in ihrem Elende, hervorgerufen durch das Zündholzsteuergesetz, fort-leben. . .“

Die Zündholzfabrikanten haben es bekanntlich verstanden, sich mit der Zündholzsteuer abzufinden. Sie lassen die Besche die Konsumenten und ihre Arbeiter bezahlen.

Die Fleischtöpfe Ostens versagen.

Die Großgrundbesitzer des Ostens behaupten, in diesem Jahre gestalte sich der Bezug ausländischer Arbeiter überaus schwierig. Die österreichischen Landarbeiter, die früher nach Preußen gekommen sind, wandern jetzt nach Amerika aus; auch gehen sie nach Dänemark und nach anderen Ländern. Außerdem bevorzugen sie Arbeitsstellen in Österreich selbst, namentlich in Böhmen und Mähren, wo ihnen Arbeitsplätze durch Vereine vermittelt werden und wo sie Löhne erhalten, die den in Deutschland gezahlten kaum nachstehen, ja sie häufig übersteigen. Man rechnet damit, daß der Zugang von Leuten aus Österreich bald ganz aufhören und daß dann auch bald das Angebot von russischen Arbeitern erschöpft sein wird, da diese dort beschäftigt werden.

In Böhmen und Mähren werden also höhere Löhne in der Landwirtschaft gezahlt als in Deutschland. Und das ist auch der einzige Grund, weshalb die ausländischen Arbeiter wegbleiben. So sieht die Arbeiterpolitik unserer Agrarier aus. Sie treiben die einheimischen Arbeiter vom Lande, indem sie ihnen einigermassen menschenwürdige Existenzbedingungen versagen, und jetzt bleiben ihnen auch — insolge der überaus niedrigen Löhne — die ausländischen Arbeiter fort! Man glaube aber nicht, daß die Sunker sich deshalb Sorgen machen, denn während der Erntezeit erhalten sie Militär — so viel sie wollen, und die übrigen Arbeiten werden zur Not von den Kräften erledigt, die ihnen zur Verfügung stehen.

Der Kampf im bayerischen Landtage.

In einer aalglatten Rede unternahm es am Freitag der Ministerpräsident v. Hertling, den Einfluß des Zentrumsministeriums sowohl in der Reichspolitik wie in Bayern abzuleugnen. Am Schluß seiner Rede begegnete ihm ein rednerisches, dramatisch wirkendes Mißgeschick; in zitternder Erregung brach v. Hertling dann seine Rede kurz ab.

Genosse Haller hatte in einer umfassenden und energischen Kritik des deutschen und bayerischen Finanz- und Steuerwesens die Haltung Hertlings zur Erbschaftssteuer erörtert. Der Minister ging nun auf die letzten Berliner Vorgänge ein. Es ist nicht so, daß ich als Triumphtor heimgekehrt bin; es ist nicht so, daß ich den Sieg über den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg davongetragen habe; es ist nicht so, daß mein Geschloß Herrn Bermuth getroffen habe. In der halbamtlichen Kundgebung der „Nordb. Allgem. Ztg.“ vom 20. März sei die Wahrheit zu lesen gewesen und der bayerische Minister will diese Kundgebung nun nach eigenem Wissen und bestem Gewissen ergänzen. Die Reichsleitung habe die Erbschaftssteuer nicht wieder eingebracht, weil sie wegen der Stellung der Sozialdemokratie zur Behrvorlage aus-sichtslos war. Zu dieser Stellung der Reichsleitung bekannten sich die Bundesstaaten. Die Erbschaftssteuer stand jetzt im Bundesrat gar nicht mehr zur Diskussion. Ich war also gar nicht in der Lage, diese Erbschaftssteuer zu bekämpfen, denn sie war nicht mehr vorge schlagen. Aber ebenso wie einige Regierungen, zum Beispiel der sächsische Finanzminister, ihre Stellung im allgemeinen dahin präzisieren, daß sie der früher eingebrachten Erbschaftssteuer, wenn die politische Lage es gestatte, auch jetzt zustimmen würden, ähnlich habe auch ich mich ausgesprochen. Ich habe, als die Frage an mich kam, erklärt, ich kann jetzt die Stellungnahme, die ich früher persönlich der Erbschaftssteuer gegenüber einnahm, nicht mehr festhalten, nachdem die bayerische Regierung im Jahre 1909 die Erbschaftssteuer konzidiert hat. Man habe im Bundesrat die Frage aufgeworfen, ob man nicht ohne neue Steuern auskommen könne. Ursprünglich habe man die Überschüsse auf 80, dann auf 120, jetzt schon auf 220 Millionen geschätzt. Da sei die Frage berechtigt gewesen, ob sich nicht die Überschüsse noch bedeutender herausstellen würden. Die bayerischen Vertreter haben aber in diesem Punkte eine durchaus reservierte Stellung eingenommen und wir sprachen uns durchaus dahin aus, daß wir, wenn die Reserven aus den Überschüssen und die allenfalls im Reichsrat versteckten Reserven nicht ausreichten, natürlich dazu übergehen würden, auch unfererorts neue Einnahmequellen zu befürworten. Es handelte sich bei den Besprechungen im Bundesrat nur um vorläufige Besprechungen; eine Vorlage ergrifferte bis jetzt noch nicht. Es finden Verhandlungen statt; zu welchem Ergebnis sie führen, kann ich zurzeit noch nicht sagen. Im Bundesrat

war man übereinstimmend der Meinung, daß zum Rücktritt Bermuths durch die Verhandlungen des Bundesrats eine Veranlassung nicht gegeben sei.

Hatte der Ministerpräsident schon das Unbehagen des Zentrums und die Zustimmung der Liberalen sich zugezogen, als er sich plötzlich für die Erbschaftssteuer entschied, so verstimmte es auch im Zentrum, daß er sich offenbar in den Jahreszahlen vergriff und die Schuldenwirtschaft im Reich in die Zeit der Zentrums Herrschaft verlegte, statt in die Zeit des Bismarcks. Zum Schluß versuchte Hertling das Herz der Liberalen zu gewinnen, indem er seine Unparteilichkeit beteuerte. Da geschah das Unglück: Casselmann habe bemerkt, daß wir es ihm nicht verbieten dürfen, wenn er und seine Freunde dem neuen Ministerium doch mit einer gewissen Vorsticht entgegenstünden. Ich nehme, bemerkte Hertling, dieses tatsächlich gar nicht übel, finde das vielmehr bei einem Führer einer gegnerischen Partei. . . . Es entstand bei diesem unzeitigen Parteibekennnis eine gewaltige Heiterkeit im Hause. Der Minister, offenbar während darüber, daß mit dieser Entgleisung der ganze Eindruck seiner Rede verwischt war, kündigte dann noch in kurzen Worten an, daß er sich mit der Sozialdemokratie später noch besonders beschäftigen werde.

England.

Ein Tendenzurteil. Der Journalist Guy Bawman ist zu neun Monaten und die Drucker Gebrüder Bock sind zu je sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden, weil sie in der Zeitung „Syndicalist“ einen offenen Brief an die britischen Soldaten publiziert hatten, in welchem diese aufgefordert werden, nicht auf die Streikenden zu schießen, wenn es ihnen befohlen wird. — Das Urteil ist für englische Verhältnisse wenigstens der neueren Zeit unerhört. Es zeigt, daß die englische Bourgeoisie und ihre Instanz genau wie die kontinentale das Prinzip der Pressefreiheit wie alle anderen Prinzipien in den Wind schlägt, sobald sie ihre Klasseninteressen gefährden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 25. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensboöl (Ing. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohn-differenzen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emailwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.

Der Krebs. Der Krebs ist eine schwere, in den letzten Jahrzehnten immer mehr hervortretende Volkskrankheit. Sein Beginn zeigt keine bedrohlichen Erscheinungen, ist meist ohne Schmerzen. Hauptmerkmal ist seine mäßig fröhliche Frühzeitige Erkennung. Durchschnittlich vergehen zwischen dem ersten Anfang und dem Eintritt des Todes 2 bis 3 Jahre. Nur der Arzt ist imstande, schon frühzeitig zu entscheiden, ob eine Wucherung oder eine Geschwulst eine bösartige, krebserartige ist oder nicht. Zur Verhütung des Krebses dienen nach dem „Merkblatt des Zentralkomitees zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit“: Reinhaltung der Wohnungen, Sorge für trockene Wohnung, auf trockenem Untergrund, Beachtung der möglichen Besonnung der Wohnung, Vermeidung roher Nahrungsmittel (wie rohe Gemüse, ungereinigte Salate), unreinen Trinkwassers, Reinigen der Hände vor dem Essen (besonders bei Erdarbeiten), Vermeidung zu hastigen Essens, zu heißer Speisen, zu kalter Getränke, Achtung auf regelmäßige Stuhlentleerung, Achtung auf die Beschaffenheit der Zähne (zum Zwecke guter Verdauung), Schutzverband der Frauen nicht nur zur Zeit der Monatsblutung, sondern bei jeder Erkrankung der Geschlechtsorgane, Aufgeben der Kleider-schleppen, Vermeidung der Einschleppung von Straßen- und Keller-schmutz in die Wohnung, Vorsicht beim Verkehr mit Haus-tieren, Vermeidung von Alkoholmißbrauch und anderes.

Der Krebs ist heilbar, wenn er frühzeitig als örtliches Leiden erkannt ist; heilbar aber nur durch direkte Entfernung, also durch eine Operation. Kein inneres Medikament, keine Kräuterkur, keine Naturheilmethode, kein homöopathisches Mittel, keine Kaltwasserkur, kein Heilserum kann die allgemeine Ausbreitung des Krebses verhindern. Wo durch irgendeine kurpfuscherische Maßnahme angeblich ein Krebs geheilt worden ist, da ist es überhaupt kein Krebs gewesen.

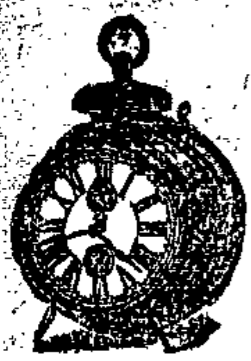
Am häufigsten befallt der Krebs die Verdauungsorgane. Von allen Erkrankungen des Darmkanals ist Krebs ist der des Mastdarms der häufigste. Lang andauernde Schlingbeschwerden, Gefühl des Steckenbleibens der Nahrung in der Gegend der Herzgrube erfordern eingehende Untersuchung der Speiseröhre, eventuell mit der Sonde. Verhärtungen, Knoten, Blasen, Geschwürbildung an der Zunge, den Lippen, der inneren Wangenwand, die unter entsprechenden Maßnahmen nicht nach kurzer Zeit verschwinden, sind verdächtig. Insbesondere achtet ihr Raucher, ihr Labakauter auf weiß glänzende Fleckchen auf der Zunge, auf der inneren Wangenwand.

Der Unterleibskrebs bei Frauen beginnt schleichend mit Unregelmäßigkeit der Ausscheidung und ist in seinem Beginn oft mit dem bloßen Auge nicht zu erkennen. Der im Beginn erkannte Gebärmutterkrebs ist sicher heilbar durch einen verhältnismäßig ungefährlichen Eingriff. Etwa 24 000 Frauen sterben in Deutschland jährlich an Krebs, weil sie zu spät zur Erkenntnis gelangen, und wohl alle könnten gerettet werden, wenn sie zeitig ärztlichen Rat einholten. 87 Prozent der Frauen, die an Krebs erkrankt, versterben noch in Deutschland die zu ihrer Hilfe nötige Zeit. Etwa 40 Prozent der Gebärmutterkrebs werden jetzt schon durch die operative Entfernung dauernd geheilt.

Veränderungen an alten Narben, woher sie auch stammen mögen, sind verdächtig. Mißachtet auch nicht länger bestehende Schmerzen beim Sprechen und Schlucken, blutigen Auswurf beim Husten, lange bestehende Heiserkeit.

Keine der vorher geschilderten Krankheitserscheinungen erweilt sicher eine bösartige Erkrankung. Oft werden von Patienten die Krankheitserscheinungen vollkommen falsch aufgefaßt, beurteilt und geschildert. Deshalb soll kein Laie aus seinen Beobachtungen den Krebs erkennen wollen. Oft wird es sich nur um eine gutartige Erkrankung handeln; aber solche Krankheitserscheinungen sollen ihn stets veranlassen, sachverständigen ärztlichen Rat einzuholen.

Also, Frauen und Männer, achtet mehr auf körperliche Veränderungen, gebt auf die Gleichgültigkeit, wartet nicht erst, bis erheblichere Beschwerden euch zum Einholen sachverständiger Beurteilung zwingen. Die Vorzüge, die die Aktiamkeit ist das beste Mittel zur Verhütung des Krebsleidens, das euch und euren Angehörigen noch heute so viele Opfer kostet. Nicht unnötige Krebsangst soll euch



Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldarb.
ob. Johannisstr. 20.
Uhren, Ketten,
Gold- u. Silberwar.
goldene Trauringe
Rathenower
 Brillen.
Eigene Werkstatt.



Auf dem **Schwartauer Markt**platz
bin ich jeden **Dienstag u. Donnerstag**
mit frischen Seeischen: See-
lachs, Kabeljau, Rotzungen, Schollen,
Goldbutt, Dorsch, Herlinge, Nordsee-
krabben. — Blumenkohl.
Joh. Boy, Lübeck, Königsstr. 61.
Fernsprecher 1811.

Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf und Umgeg.

Mitglieder-Versammlung
am **Dienstag, 26. März,**
abends 8 1/2 Uhr
i. Lokale d. Hrn. Paetau, Fackenbg.
Der Vorstand.

Achtung!
Geschäftskutscher und
Kaufmannsarbeiter!

Sektions - Versammlung
am **Dienstag, 26. d. M.,**
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Fest-Abend
zu Gunsten der Wohlfahrtsanstalten der Genossenschaft
Deutscher Bühnenangehöriger
am **Donnerstag, d. 28. März 1912, abends 7 1/2 Uhr**
im Neuen Stadttheater.

Der eingebildete Kranke. Hierauf:
Lustspiel von Molière. **Die Dienstboten.**
Argan Herr Direktor Fuchs.
Toinette Fräul. Gertr. Botz.
Lustspiel von Benedix.

Schönheitskonkurrenz (Drei Preise). Kabarett.
Im Anschluss an die Vorstellung: **Gesindeball**
in sämtlichen Räumen des Saalbaues.

Nach dem Lustspiel „Der eingebildete Kranke“ findet eine 1/4stündige Pause statt.
Eintrittskarten zu gewöhnlichen Schauspielpreisen für die Theatervorstellung
sowie Zuschlagkarten für den Gesindeball zu 3 Mark sind an der Kasse des
Stadttheaters zu haben.

Eintrittskarten **nur** für den Gesindeball, ab 10 Uhr abends zu den Fest-
sälen berechtigt, sind zum Preise von 4 Mark ebenfalls an der Stadttheaterkasse
sowie bei Otto Borchert und F. W. Kaibel zu haben.

Die Besucher des Theaters, die auch zugleich an dem Gesindeball teil-
nehmen, werden höflichst ersucht, schon bei der Vorstellung in Gesinde-
kleidung zu erscheinen. Zulässig ist Sommerkleidung, zu vermeiden Frack oder
Smoking.

Bestellungen auf reservierte Tische für die grosse Pause (etwa um 9 Uhr)
nimmt Herr Kuse vom Stadttheaterrestaurant schon jetzt entgegen.

Im gelben Saal: Bierrestaurant. Im Marmorsaal: Tanz.
Im grünen Saal: Wein- und Sektbodyett. Im weissen Saal: Bar und Café.

Gute, gelbflockende **Erdkartoffeln**
hat abzugeben.
J. Wunder, Hüchlingstraße 18.
Suche **Wäsche** für junge Leute
zu waschen und zu flicken. Näheres
Stockelsdorf, Ahrensböcker Str. 18.

Landverpachtung.

Am **Mittwoch, dem 27. März, nachm. 5 Uhr,** verpachte ich im
Apfelgarten am Ende der Einlebelstraße Land zum Kartoffel- und
Rübenbau in Parzellen von ca. 20, 25 und 30 □-Muten, außerdem
KLEB-Parzellen von 10—50 □-Muten gegen Barzahlung auf 1 bis 6
Jahre. Zu verkaufen Pflanzkartoffeln, Erfurter Beer- und frühzeitige
blaue Riesenkartoffeln. Näheres
Carl Labrtz, Wöthcherstraße 16.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
Natur und Kunst
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floericke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.
Eintritt jederzeit! Anmeldung nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probhefte und Prospekte postfrei!

Käse-lager Schlumacherstr. 12 Große Käse
Eisfester Fettkäse a 20—30 Pfg.
Detail-Verkauf auf der Diele.



gehen die vorzügl.
Liebigs
Mokka-Creme u.
Creme-Exquisit.

Eine Delikatesse der Neuzeit,
welche alle Konditorei-Cremes
und Eis in den Schatten stellen.
Nur echt mit der Marke
„Bäckerjunge“.

Zu haben in allen besseren Kolonialwaren- und Drogen-Geschäften.
Vertreter: **Wilh. Kähler-Lübeck, Katharinenstr. 61.**

Achtung! Achtung!

Wegen Verpachtung des Konzerthauses „Fänthausen“ findet die
Spezialitäten-Vorstellung
am **Palmsontag, dem 31. März, in den Zentral-Hallen**
Der Leiter.

Holzarbeiter-Verein.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 26. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gantage in Ham-
burg.
2. Aufstellung eines Kandidaten zum
Verbandsstage.
3. Kartellbericht.
4. Verschlebens.
Die Ortsverwaltung.

Lübecker Verein zum
Schutze der Tiere.

General-Versammlung
am **Mittwoch, 27. März 1912**
abends 8 Uhr
im Hause der Gesellschaft zur
Beförderung gem. Tätigkeit.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Massenbericht.
3. Wahlen.
4. Brämierung.
5. Verschlebens.
Der Vorstand.

Kalnbergs
UNIVERSUM.

Dienstag, den 26. März:
I. Familien-Abend
verbunden mit
Extra-Konzert.
Dazu
das lustige und amüsante
Kalnberg-Ensemble.
10 Personen.
Beg. 8 Uhr. **Entrée 30 Pf.**
Vorzugskarten für Dienstag
keine Gültigkeit.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 27. März
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:
26. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Walzer- u. Operetten-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Fatinitza“ F. v. Suppé.
Potpourri aus „Die Dollarprinzessin“
O. Petras;
Mimosa-Walzer S. Jones.
Kußwalzer Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Hansa-Theater.

Dir.: **R. Gollbach.**
Tel. 610. Tel. 610.
Ab **Sonnabend, den 16. März,**
täglich abends 8 1/2 Uhr:
Erstklassige
Spezialitäten.
u. a.:
Jongleure, Dresseure,
Akrobaten, Gegenmeister,
Balletts, Soubrette.

Sonntag, den 17., 24. und
31. d. M.: Große Fremden-
und Familien-Vorstellung
bei kleinen Preisen.
Auftreten sämtl. Künstler.

Vorverkauf bei **Sager, Rohlm,**
und **Hemeyer, Breite Straße.**

Neues Stadttheater.

Dienstag, 26. März. 7 1/2 Uhr.
Boh-Pl. 162. **Dienstag-Ab. 26.**
Der Graf von Gleichen.
Schauspiel von **Schmidtsonn.**
Mittwoch, 27. März. 8 Uhr.
Bei Heinen Breisen!
Gastspiel **Gertraud Botz** vom
Stadttheater in **Breslau.**
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von **Weyer-Freder-**
Rathle — — — **Fr. Bog a. G.**

Konfirmations-Karten
in großer Auswahl

Lübecker Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen

empfiehlt die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Berliner
Volks-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes
Witzblatt (8 Seiten)
Illustr. Familien-Zeitung
mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)
Illustr. Kinder-Zeitung
mit lustigen Bildern, Erzählung, Spielen (8 S.)
Tägl. Unterhaltungsblatt
m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten
zum Preise von 90 Pfennig monatlich
Probenummern an jedermann kosten-
frei von der Expedition Berlin SW. 19,
Jerusalemmer Straße 46/49.

Mehr als 82 000 Abonnenten.

Preussischer Polizeigeist.

Mit Polizei und Militär will die preussische Regierung künstlich die Kämpfe der Arbeiterschaft von vornherein unterdrücken — das ist die Quintessenz eines langen Artikels, den die „Berl. Vol. Nachrichten“ des Herrn Schweinburg verbreiten. Die Art, wie dem preussischen Minister des Innern für das Vorgehen der Regierung anlässlich des Kampfes im Ruhrgebiet Weisrauch gespendet wird, läßt stark vermuten, daß der Verfasser des Artikels dem Ministerium des Innern nicht allzu fern steht. Nach einer Beschimpfung der Sozialdemokratie führt der Artikel aus:

„Die Regierung hat also die Lehren aus früheren, von der Sozialdemokratie veranlaßten Vorfällen nicht unbeachtet gelassen, und man kann nunmehr vertrauen, daß etwaigen künftigen Unruhen jedesmal konzentrierte Polizeimannschaften entgegenzutreten werden und daß in dem Augenblick, wo deren Unvermögen, allein Herr der Unruhen zu werden, hervortritt, sofort Militär in Aktion tritt. Die Probe, die im Ruhrrevier gegenwärtig mit diesem Verfahren gemacht ist, beweist aufs beste dessen Zweckmäßigkeit. Sobald das Militär angerückt war, trat eine völlig sichbare Beruhigung ein, die Heizer und die Verhetzer wußten, daß die weitere Entwicklung ernst werden könnte. Nur auf dieses feste Zugreifen ist es zurückzuführen, wenn im Ruhrrevier die Gewalttätigkeiten der ersten Tage sich auf ein geringes Maß reduziert haben. Und wenn die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten auch noch so sehr den Glauben erwecken wollen, als wirke gerade die Herauskehrung der Staatsautorität aufreizend, der Beweis für die Nichtigkeit dieser Behauptung ist im Ruhrrevier erbracht. Vor allem aber ist der Arbeiterschaft gezeigt, daß der Staat die Ordnung aufrecht erhält und sie bei ihrer Arbeitswilligkeit zu schützen in der Lage ist.“

Damit soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden: erstens: daß ein Arbeitswilligengesetz nicht nötig ist, weil die Nachmittel des Staates ausreichen; zweitens: daß bei künftigen Streiks mehr Polizei und in allen geeigneten Fällen auch Militär den Interessen der Unternehmer dienlich gemacht werden soll. Die Stelle, die den Artikel inspiriert hat, übersteht dabei bloß, daß die Herabwürdigung des Militärs zu einer Arbeitswilligen-Schutztruppe doch auch ihre Schattenseiten hat. Die Soldaten werden nicht dazu ausgehoben und ausgebildet, um auf Befehl die kämpfende Arbeiterschaft zu unterdrücken. Die Soldaten stammen zu einem erheblichen Teil eben aus dieser Arbeiterschaft und es muß bei den Soldaten doch eigene Gefühle auslösen, wenn sie dazu kommandiert werden, nicht nur auf ihre kämpfenden Klassengenossen, sondern unter Umständen in der Tat auf ihre Verwandten schießen zu müssen.

Bei der bevorstehenden Beratung des Militäretats wird die Frage der Verwendung des Militärs in wirtschaftlichen Kämpfen unbedingt zur Erörterung kommen. Das amerikanische Unternehmertum zahlt seine Pinkertons wenigstens selbst, den deutschen Unternehmern sollen zu diesen Zwecken auf Kosten der Steuerzahler Soldaten zur Verfügung gestellt werden. Gegen eine solche Verwendung von Militär muß mit allem Nachdruck Verwahrung eingelegt werden.

Der Wildvieh.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(16. Fortsetzung.)

„Kerdelmann mußte, er war verloren, sobald der Jäger am Leben blieb, und den ersten möglichen Augenblick benutzend — stieß er dem Forstgehilfen sein Messer in den Leib.“

„Kerdelmann?“ schrie der Gefangene auf — „Kerdelmann? Und ich — habe die langen Jahre schuldlos sitzen müssen? Meine Familie ist zugrunde gegangen — ich selber bin ein elender, erbärmlicher Zuchthäusler geworden — Gerechtigkeit! — ist das Gerechtigkeit? O Du heiliger, barmherziger Gott!“

„Halt' Euer Maul!“ fuhr ihn der Assessor finster an. Er möchte sich nicht, nur auf die Aussage eines Fremden hin, gleich so leicht davon überzeugen lassen, daß durch seine eigene Schuld ein armer Teufel so lange Jahre unglücklich im Gefängnis gesessen. — „Das ist eine gar wunderbare Geschichte, die Sie uns da erzählen,“ wandte er sich dann gegen diesen, „und ich möchte wissen, wie Sie es beweisen wollen.“

„Hören Sie mich weiter,“ sagte der Fremde, der, zwar mit vollkommen blutlosen Wangen, aber jetzt mit fester Stimme und unbewegten Zügen fort erzählte. „Der Mörder floh nach der Tat ins Dorf zurück. Unentdeckt erreichte er sein Haus, vergarb dort die blutigen Kleider, die er später vernichtete, sowie sein Gewehr, und ließ die Sache ihren Lauf gehen. Durch eine Jagd kam der Mord allerdings früher an den Tag, als er erwartet hatte, da ihm ein frischer Schnee außerordentlich günstig gefallen war. Aber der Verdacht des Mordes lenkte sich auf einen Mann, den er von Herzen haßte, und der ihn selber erst vor kurzer Zeit hatte durch List überführen und den Gerichten übergeben wollen. Mit Schadenfreude sah er deshalb, wie er zwei Fliegen mit einem Schlag getroffen, und dachte nicht daran, den unschuldig Angeklagten durch ein entschlossenes Geständnis frei zu machen. — Er wußte nicht, daß er den schlimmsten Ankläger im eigenen verstockten Herzen trug. Aber doch litt es ihn nicht länger hier in Deutschland, anders, das nicht hierher gehört, kam dazu, daß er sich unabgählig — nicht recht sicher fühlte, und er — wanderte aus.“

„Und wo ist er jetzt?“ frug der Assessor, der aufmerksam werdend, die Züge des Erzählenden schärfer und forschender betrachtete hatte.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 28. März 1912.

84. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Kühn.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das

Statutgesetz.

Reichschatzsekretär Kühn: Ich habe die Ehre, Ihnen zum ersten Male in meiner gegenwärtigen Stellung einen Etat vorzulegen. Das Gesetz ist rein formaler Natur, das finanzpolitische Erörterungen ausschließt. Ich will mich um so mehr solcher Erörterungen enthalten, als wir ja in einigen Wochen bei der Beratung der Klüftungsvorlagen solche Verhandlungen auf breiterer Grundlage pflegen werden. Eins aber zu sagen, ist mir nach den Ereignissen der letzten Tage Herzensbedürfnis, und Sie können, wenn Sie wollen, auch darin ein Stückchen Programm sehen: es bedauert niemand lebhafter als ich den Abgang des Mannes, der vor mir an meiner Stelle gestanden hat, und der die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches m. E. für alle Zukunft in musterghültiger Weise festgelegt hat. (Bravo!)

Bassermann (N.): Das Gesetz gibt im Gegensatz zu früheren Statutgesetzen der Regierung eine allgemeine Ermächtigung, Ausgaben zu leisten und nicht für 1 bis 2 Monate. Wir wollen für diesmal nicht Widerspruch dagegen erheben, wünschen aber, daß daraus kein Präzedenzfall gemacht wird.

Fischer (Vp.): Uns scheint dieser Umstand doch so wichtig, daß wir die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission beantragen.

Mollenhuth (SD.) schließt sich diesem Antrag an.

Das Statutgesetz geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung der

Zuckerkonvention.

Reichschatzsekretär Kühn: Wir haben bei der Verlängerung der Konvention Rußland einige Zugeständnisse machen müssen. Ich kann mir denken, daß einmal die Zeit kommt, wo die Konvention beratt mit Vergünstigungen für Rußland besetzt ist, daß sie für uns jeden Wert verliert. (Sehr richtig! rechts.) Augenblicklich ist dieser Moment noch nicht gekommen, der Vertrag hat sich nur etwas verschlechtert. Andererseits ergibt sich der Vorteil, daß für weitere fünf Jahre die Konvention vor der Gefahr hoher Zuckerpreise bewahrt sind.

Graf von Schwerin-Löwis (R.): Ich freue mich, daß der Herr Schatzsekretär anerkannt hat, daß die deutschen Interessenten für das Zustandekommen der Konvention große Opfer bringen müssen. Hätte die Regierung unter allen Umständen an ihrem Standpunkt festgehalten, so hätte Rußland nachgeben müssen. Die Regierung hat die Interessen der Interessenten besser zu kennen geglaubt, als diese selbst, sie hat jedenfalls aus internationaler Courttoisie nicht als Störenfried auftreten wollen. Trotzdem fällt es einem Teil meiner Freunde schwer, der Konvention die Ratifikation zu verweigern, was zweifellos das Ansehen der Regierung im Ausland schädigen würde. Der andere Teil wird mit mir gegen die Konvention stimmen. (Bravo! rechts.)

Vernstein (SD.): Der Vorredner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie bei den Verhandlungen auf die Bedürfnisse der Interessenten keine Rücksicht genommen habe. Es scheint, daß der Vorredner als Interessent nur die Zuckerfabrikanten und die Zuckerhändler betrachtet, aber nicht die Millionen und aber Millionen deutscher Zuckerverbraucher. (Sehr gut! links.) Zu den Zuckerverbrauchern gehört auch die zuckererarbeitende Industrie, die viele deutsche Arbeiter beschäftigt. Nun sagt der Staatssekretär, die deutsche Zuckerindustrie müsse bei dieser Verlängerung der Konvention große Opfer bringen. Man sollte meinen, daß

die deutsche Zuckerindustrie durch die Konvention große Vorteile erleidet und sich augenblicklich sehr schlecht stellt. Allerdings haben die Rußen bei unter einer schlechten Ernte schwer gelitten. Aber diese Minderernte und die Minderproduktion hat der Zuckerindustrie eine Preissteigerung von 10 Mt. für den Doppelzentner gebracht. Diese Steigerung ist größer als der Prozentsatz, um den die Ernte geringer geworden ist, sodaß also die Zuckerindustrie in diesem Jahre ein ganz ausgezeichnetes Geschäft macht. (Sehr richtig! links.) Die Zuckerindustrie beschäftigt insgesamt nur 20 000 Arbeiter und zwar zum Teil ungelernete Arbeiter, die die denkbar schlechteste Bezahlung erhalten, während die Zahl der in der zuckererarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter viel größer ist. Es liegt hier also ein Interessengegensatz vor. Aber es ist eine maglose Übertreibung zu sagen, daß durch die Zugeständnisse an Rußland die deutsche Zuckerindustrie irgendwie ernstlich geschädigt werden könnte. Die Zuckerpreise werden vom Weltmarkt bestimmt und die zeitweise Fernhaltung des russischen Zuckers kann vielleicht für den Augenblick eine unangenehme Konkurrenz vom heimischen Markt fernhalten, aber aus der Welt schaffen läßt sich der russische Zucker nicht und daher auch nicht der Preis, den er auf dem Weltmarktpreis notwendigerweise ausüben muß. (Sehr richtig! links.) Wir stimmen der Konvention zu, weil der vertragslose Zustand uns die alte Prämienwirtschaft wiederbringen würde, von der wir noch sind, daß wir sie los geworden sind. Ein Teil der Redner will die Konvention ablehnen. Gegen wen soll sich diese eigentümliche Demonstration richten? Auf Rußland wird sie keinen Eindruck machen und auch beim deutschen Volke wird sie wirkungslos bleiben, denn gerade die weiten Massen des Volkes hätten unter der Ablehnung zu leiden. Im Interesse dieser Zuckerkonumenten liegt auch, daß die Zuckersteuer möglichst bald herabgesetzt wird. (Sehr richtig! links.) Die Herabsetzung sollte schon 1909 erfolgen, wurde dann auf 1910 vertagt und nun ist der Zeitpunkt wiederum bis zum Jahre 1914 hinausgeschoben. In diesem Jahre sollen wir eine Besserung der Finanzlage haben — als Folge der letzten Reichsfinanzreform. Wir fürchten, daß bei den großen Forderungen, die jetzt für Meer und Marine verlangt werden, 1914 in diesem Hause keine Mehrheit für die Herabsetzung der Zuckersteuer vorhanden sein wird. Jedenfalls werden wir abwarten, ob die Regierung ihr wiederholt gegebenes Versprechen einlösen wird oder nicht. (Bravo! bei den Soz.)

Sieg (N.): Auch wir meinen, daß dieses Versprechen der Regierung gehalten werden müsse. Zur Verlängerung der Konvention ist unsere Haltung geteilt. Ein Teil meiner Fraktion wird sie annehmen, ein anderer ablehnen. Ist es richtig, daß Rußland die Konvention dauernd bricht und auf dem Seewege Prämienzucker nach England ausführt?

Staatssekretär Kühn: Es handelt sich lediglich um Gerüchte. Sollten sie sich bewahrheiten, dann werden wir dieser Umgehung der Konvention durch Rußland nachdrücklich entgegenzutreten.

Dr. Doormann (Vp.): Die Konvention ist noch immer besser als ein vertragsloser Zustand und daher nehmen wir sie an.

Dr. Wrenndt (RP.): Wir bekämpfen die Verlängerung, die wir gegen diese Bedingungen von Rußland haben erlaufen müssen, meinen aber auch, daß ein vertragsloser Zustand noch schlimmer wäre. Redner beantragt, die zweite Lesung heute noch nicht vorzunehmen. An dem Zustandekommen vor dem 1. April habe nur Rußland ein Interesse. Die Konvention laufe sonst noch bis zum Herbst 1913, bis dahin könne eine für uns günstigere Vereinbarung erzielt werden.

Dr. Spahn (Z.): Wir werden dem Abkommen zustimmen, weil wir nicht die Hoffnung teilen können, daß bei neuen Verhandlungen mehr zu erreichen sein wird.

von Weddina (Welfe): Die Konvention ermöglicht Rußland, seine Schutzpolitik für Zucker weiter zu treiben. Ich würde mich daher, daß gerade die Herren von der Linken für die Konvention eintreten. Sollte die Konvention

„Hören Sie mich weiter“, sagte der Mann, langsam die Hand gegen ihn aufhebend. „In Amerika ging es ihm im Anfang gut. Mit dem Geld, das er hinübergebracht, kaufte er unter günstigen Verhältnissen eine Farm — heiratete und hatte liebe Kinder — aber der Wurm fraß an seinem Herzen. Sah er im Anfang den Mord nicht achtend, selbst gleichgültig auf das Los des Unglücklichen zurück, der unschuldig mit ihm im Gefängnis schmachtete, hoffte er von der Zeit, daß sie das ganze in Vergessenheit begraben würde: so ward die Zeit gerade sein schlimmster Feind. Mit jedem Tag wuchs die Angst, daß da oben doch ein Rächer wohnen könne, mit jedem Tag trat der blutige Leichnam, traten die bleichen Züge des Eingekerkerten mahrender, lebendiger vor seine Seele. Er mied den Umgang mit anderen Menschen — verließ auf halbe Jahre lang die Seinen, um in der Wildnis, von dem Gewissen gequält, umherzuirren, das Schreckbild folgte — folgte ihm, wohin er sich auch wandte. Nicht in der Kirche, nicht im stillen Wald, nicht in der wildesten Gesellschaft mied es ihn. An seine Sohlen gebettet, jagte es ihn das weite Land auf und ab, bis er endlich, an Kraft gebrochen, zu den Seinen wiederkehrte. — Aber auch dort verließ es ihn nicht, und bald trat auch der Fluch, der ihn bis dahin nur in seiner eigenen Brust gequält, tatsächlich ihm ins Leben. Seine Kinder erkrankten, eins von ihnen starb. Brand, Mißwuchs und Seuchen erschütterten sein Vermögen. — Endlich legte sich auch die Frau, die mit eines Engels Geduld seinen finsternen Trübsinn ertragen, und vier Wochen später war sie eine Leiche.“

Was der Mann damals geduldet und gelitten — eine Menschenzunge wäre nicht imstande, es zu beschreiben — und doch war sein Leidenskelch noch nicht zur Hälfte geleert. — Sein letztes Kind — sein Liebling — lebte noch, und auch das mußte er endlich langsam hinsinken, mußte es sterben sehen.“

Der Mann schwieg und in der Erinnerung an all' das Entsetzliche, das er überstanden — in dem Gefühl der Verzweiflung, die seine Seele erfährt, zerlumpt hatte, verlagte ihm fast die Sprache, jagte sein Blut im Fieberhaß durch seine Adern, zitterte sein ganzer Körper.

„Wie ist mir denn,“ sagte da der Assessor. „Ihr Gesicht kommt mir eigentlich so bekannt vor — die ganze Gestalt — ich weiß nicht — sind denn Sie selbst am Ende?“

„Hahahaha!“ lachte der Unglückliche laut und grell auf, daß es dem Assessor fröstelnd über die Haut lief und der Gerichtsdienner draußen den Kopf erschreckt zur Tür hereinsteckte — „hahahaha, kommt ihr endlich auf die richtige Spur, Ihr Schergen der Gerechtigkeit? — Ja,“ rief er, und seine

Stimme klang hohl und wild, sein Auge glühte von einem unheimlichen Feuer, seine ganze Gestalt hob sich und er schien wie außer sich, „ja, von dem Augenblick an litt es den Vernichteten, den Ausgelassenen, den Verdammten nicht mehr unter den Menschen — Gottes Finger deutete auf ihn, er war der finsternen Mächten verfallen und nur der Drang, sein Herz hier noch durch Buße zu erleichtern — einen Teil des Unrechts wieder gut zu machen — wenn auch das nicht schon zu spät war, hielt ihn noch am Leben. Sobald ich aber zu dem Entschluß gekommen war, sobald ich erst einmal das klare Bewußtsein gewonnen, daß nur durch einen solchen Schritt jene zürnende Gottheit wieder versöhnt werden könne, machte ich alles, was ich besaß zu Geld und stoh zu Schiff — nach Deutschland.“

„Sie?“ rief der Assessor, von seinem Stuhl aufspringend, während Schöffel, keines Lautes mächtig, mit gefalteten Händen daneben stand.

„Ich — ich!“ schrie der Unglückliche, in furchtbarer Aufregung um sich blickend — „ich bin jener Glende, Verworfenen; der Mörder, der den Jäger erstochen, der Räuber, der diesem Unglücklichen da sein ganzes Leben heimtückisch gestohlen. — Schöffel!“ stöhnte er plötzlich und warf sich in wilder Hektik vor den Gefangenen auf die Knie — „Schöffel, armer mißhandelter, geknechteter, zertretener Mensch, vergib einem Glenden, der aus Rache und Bosheit, der in fetter, nichtwürdiger Angst sich heimlich durch die Flucht der verdienten Strafe entzog. — Ich bin der Hirschenwirt — ich bin Kerdelmann — ich —“ Er vermochte nicht mehr; sein Körper, der das Un glaubliche ertragen, brach unter der Last zusammen und ohnmächtig lag er zu den Füßen Schöffels.

Die Gerichtsdienner, die bei den letzten dröhnenden Worten des Mannes in das Zimmer getreten waren, sprangen jetzt zu, ihn aufzuheben. Der Assessor wechselte dabei einige Worte mit Ortel und einer der Leute wurde rasch nach einem Arzt geschickt. Ehe der kommen konnte, hatte sich in dessen Kerdelmann schon wieder erholt.

Von jetzt an schien aber eine vollkommene Veränderung mit ihm vorgegangen zu sein. Er war plötzlich verwandelt, die Farbe lehrte in seine Wangen zurück und mit dem Bewußtsein, das Ziel erreicht zu haben, dem er mit einer wahren Todesangst die letzte Zeit entgegengestreckt, handelte er von dem Augenblick an besonnen und vollständig leidenschaftslos.

Schöffel war noch im Zimmer. Der Assessor wußte, in der Tat nicht, was er mit dem Mann jetzt anfangen sollte — und Kerdelmanns erster Blick suchte und fand ihn. Schöffel selber stand wie in einem Traum; das volle Glück dieses

Staatswohl bestimmend mitzuwirken. Mit diesen Leitgedanken ist auch in Zehlendorf, wie die beifolgenden Gedanken ergaben, eine Vereinigung ins Leben getreten, die in selbstloser Tätigkeit sich der Jugend annehmen will. Sie eröffnet ihre Wirksamkeit mit einem ihr von der Gemeindeführung besonders zur Verfügung gestellten Hause, dem „Jugendheim“.

Die Vereinigung verfügt nun bei aller Opferwilligkeit ihrer Mitglieder leider noch nicht über die genügenden Mittel, um die nicht unerheblichen Kosten für Umbau, Einrichtung und Ausstattung des Heims tragen zu können. Sie steht sich daher genötigt, innerhalb und außerhalb der Zehlendorfer bei einzelnen Gönnern und angesehenen Firmen, mit denen Geschäftsbeziehungen unserer Einwohner bestehen, um opferwillige Mithilfe zu bitten.

So wenden wir uns auch an Sie, sehr geehrter Herr, mit der herzlichsten Bitte, uns bei der Einrichtung und Ausstattung des Heims zu unterstützen. Es folgen nun in den Briefen in der Regel nähere Angaben darüber, was in dem Heim noch fehlt und was das Geschäft schenken soll, das mit solchen Briefen beehrt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Transportarbeiter! Im Möbeltransportgewerbe in Halle a. S. bestehen Lohnunterschiede. Zuzug von Möbelräumen ist fernzuhalten.

Das Ende des ober-schlesischen Bergarbeiterstreiks. In Neudorf hielten am Freitag die streikenden Bergarbeiter von der Hildebrand- und der Friedensgrube eine von mehr als tausend Personen besuchte Versammlung ab. Genosse Witzke wicz schilderte eingehend die Ursachen der streikenden Arbeit und mahnte die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, da der Streik aussichtslos sei. Die Versammlung beschloß gegen drei Stimmen, so geschlossen, wie sie in den Streik gingen, die Arbeit wieder aufzunehmen und eine Zeit abzuwarten, bis die Knappen in Oberschlesien den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen. — Zugleich tagten in Zaborze, Boremba und Zabrze die Arbeiter der hiesigen Zugsgrube und faßten nachstehenden Beschluß: Die am 22. März versammelte streikende Bergarbeiter der Königin Luisegrube beschließen, den Streik vorläufig abzubringen, weil der größte Teil der ober-schlesischen Bergarbeiter nicht streikt. Die Versammlung wolle die bevorstehenden Beschlüsse der Organisation abwarten. Beschließen die Organisationen den Kampf, dann sind wir bereit, ihn sofort von neuem aufzunehmen. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß hauptsächlich der Mangel an einer einheitlichen Organisation den vorzeitigen Streik hervorgerufen hat und ihn ebenso schnell zu Ende führen mußte. Die Versammlung geloben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Organisation gestärkt wird, damit in Zukunft ein Kampf um ein besseres Dasein glänzend verlaufen kann. In allen diesen Versammlungen verhielten sich Anhänger und Angehörige der polnischen Berufsvereinigungen für sich. Die Versammlung wolle jedoch von diesen Herren nichts wissen, denn sie haben die Ziele der edlen Brüder erkannt. Charakteristisch sind die Berichte der Oberschlesischen bürgerlichen Presse, in der behauptet wird, im ganzen Revier hätten nur etwa 600 Bergarbeiter gestreikt; tatsächlich standen gut 2000 Knappen im Streik. Die Landräte der Kreise Kattowitz und Zabrze ordneten in den bestreikten Orten Beschränkungen der Wirtschaftsgeschäften an. In Neudorf und Antonienhütte mußten die Schanzen den ganzen Tag, in Zaborze und Boremba von 5 Uhr ab geschlossen sein. In den beiden erstgenannten Orten, die im Kreise Kattowitz liegen, wurden von diesem Verbot alle Gastwirte getroffen; im Kreise Zabrze wurden dagegen mit der Beschränkung nur drei Gastwirte bedacht, die ihre Lokale den Arbeitern zu Versammlungen hergeben. Noch zu bemerken ist, daß die Arbeiter, die nun wieder in die Grube fahren wollen, aber zum Teil zurückgewiesen werden, keineswegs mutlos sind.

Ende der Bergarbeiterbewegung im niederschlesischen Revier. Der bisherige Verlauf der Lohnbewegung im Waldenburger Revier ließ darauf schließen, daß es ohne das Mittel des Streiks nicht gehen würde. Dazu kommt es nun aber nicht. Die zwei letzten Revierkonferenzen, gemeinsam vom alten Verband und vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein einberufen, beschäftigten sich mit den Zugeständnissen der Grubenherren an die Arbeiterausschüsse und mit den Chancen eines eventuellen Streiks. Von den eingereichten Forderungen haben die Direktionen nichts bewilligt. Statt der geforderten 15 Proz. Lohnhöhung bewilligten sie nur einen wöchentlichen Aufschlag von einer Mark für Bergarbeiter und für jugendliche Arbeiter und Frauen 50 Pfg. Alle übrigen Forderungen, besonders die allgemeine Lohnhöhung um 15 Proz. wurden rundweg abgelehnt. Unzuständige Schicht inkl. An- und Ausfahrt einzuführen, erklärten sie für unmöglich; 24stündige Sonntagschicht soll nach Möglichkeit beseitigt werden und paritätische Schiedsgerichte erklärten die Grubenherren für überflüssig. Diese freiwilligen Zugeständnisse treffen natürlich nicht annähernd den Kern der Arbeiterforderungen, sie wurden von den Bergarbeitern einmütig als beschämend zurückgewiesen. Die Revierkonferenz am Sonntagvormittag hatte zu entscheiden, ob die Arbeiter angesichts der nicht-solgenden Zugeständnisse der Grubenherren den Streik wagen wollen. Nach langen, oft recht stürmischen Debatten kam die Revierkonferenz zu der Ansicht, daß die Organisationen noch nicht stark genug seien, um bei dem größten Teil der Belegschaft auf einen Streik rechnen zu können; eine zu schwache Beteiligung am Streik aber würde nicht allein den Erfolg des Streiks in Zweifel ziehen, sondern auch auf das Ansehen der Organisation sehr schädlich wirken. Daher sei der Streik nicht zu empfehlen. Die Abstimmung ergab 24 Stimmen für den Streik und 80 dagegen. Im übrigen wurde die zwingende Notwendigkeit anerkannt, die Lohnbewegung abzubrechen. Als nächste Aufgabe wurde den Bergarbeitern der Ausbau der Organisation zur Pflicht gemacht. In den Nachmittagsversammlungen wurde der Beschluß der Revierkonferenz den Belegschaften zur Kenntnis gebracht. Die Versammlungsteilnehmer waren zunächst mit dem Beschluß nicht einverstanden, es erhob sich vielfach dagegen Widerspruch. Nach heftigen Debatten wurde eine Resolution angenommen, die den Abbruch der Lohnbewegung auspricht.

Keine Aussperrung der Glasarbeiter in Weiskammer. Bei der Firma Gelsdorf in Weiskammer haben die Glasarbeiter am 24. Februar wegen Lohnabzug die Arbeit eingestellt. Der Unternehmerverband hatte darauf am 9. März in 15 Werken 851 Arbeiter zum 28. März gekündigt, und zwar mit der ausdrücklichen Mitteilung, daß die Kündigung als zurückgezogen gilt, wenn der Streik bei der Firma Gelsdorf beendet wird. Die Arbeiter der genannten Firma aber dachten nicht daran, den Lohnabzug hinzunehmen. Der Verband der Glasarbeiter beschloß, daß in allen Werken, in denen Arbeiter ausgesperrt werden sollten, auch die übrigen Arbeiter am 28. März die Kündigung einreichen sollten. Dieser Beschluß bewirkte, daß die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärten; anfänglich hatten sie es rundweg abgelehnt, mit der Organisation zu verhandeln, sie wollten die Organisation überhaupt nicht anerkennen. Beide Parteien nahmen den von der Kommission ausgearbeiteten

Tarif an. Der Tarif gilt bis zum 1. März 1914. Mit dem Abschluß des Tarifvertrages ist ein folgenschwerer Kampf vermieden worden. Den Industriellen aber wurde gesagt, daß sie den Arbeitern nicht fortgesetzt mit Aussperrungen drohen können.

Differenzen in Singers Nähmaschinenfabrik in Wittenberge. Aus Eigeninn über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße gesetzt zu haben, kann sich die Direktion der bekannten Singer Nähmaschinenfabrik in Wittenberge rühmen. Seit dem 9. März streiken, wie bereits berichtet, 40 Maschinenformer. Aus Anlaß dieses Streiks hat die Direktion fast sämtliche Arbeiter des Betriebes entlassen. Obgleich die Direktion den ausgesperrten Arbeitern erklärt hat, daß sie nicht wisse, weshalb die Maschinenformer nicht zur Arbeit gekommen sind, weist die Direktion jede Verhandlung zur Aufklärung über die Ursachen der entstandenen Differenzen schroff zurück. Die Maschinenformer hätten eine Bedingung der Direktion, wonach eine Erhöhung des Akkordpreises bei einer bestimmten Arbeit erst gezahlt werden soll, wenn eine von der Direktion festgesetzte Leistung bewirkt ist, nicht anerkennen wollen. Dem Gießermeister wurde durch eine Kommission Kenntnis von dem Beschluß der Arbeiter gegeben. Als auf Befragen der Arbeiter durch den Meister, ob sie mit den von der Direktion gestellten Bedingungen zufrieden seien, diese es verneinten, wurden sie entlassen. Die Direktion ließ sich auf keinerlei Verhandlungen ein. Den ausgesperrten wurde der Rat erteilt, sie mögen auf die Maschinenformer einwirken, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen. Die hinausgeworfenen Maschinenformer erklärten sich in einer Versammlung, an der auch der Gießermeister teilnahm, bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn der erhöhte Akkordpreis auch dann gezahlt wird, wenn sie ohne eigenes Verschulden die von der Direktion gestellten Bedingungen nicht erfüllen können. Der Gießermeister erklärte, daß es in seiner Hand liege, von Fall zu Fall zu entscheiden, die Direktion bestimme nicht unbedingt auf der Erfüllung der bedingten Leistung; die Arbeiter sollten sich im Laufe der nächsten Tage wieder zur Arbeit melden. Als die Arbeiter dies am anderen Tage taten, erklärte der Gießermeister: Sie haben mir zum zweiten Male die Arbeit verweigert, jetzt wird niemand mehr eingestellt. Die Direktion war auch jetzt wieder nicht für die Arbeiter zu sprechen und ließ der Arbeiterkommission sagen, daß sie sich auf keinerlei Verhandlungen einlasse. Auch dieser Vorgang ist der Direktion genau bekannt. Trotz alledem erklärt der erste Direktor, er wisse nicht, aus welchem Grunde die Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, er müsse wegen Mangel an Material in den einzelnen Abteilungen den Betrieb schließen.

Verhandlungen im Schneidergewerbe. Am Samstag hat der Ministerialdirektor Caspar Konferenzen zu seiner Information über den Schneidertarif im Reichsamt des Innern abgehalten. Am Vormittag erschienen im Reichsamt des Innern auf Einladung Vertreter der Unternehmer und am Nachmittag im Reichstagsgebäude Vertreter der Arbeiter. Ministerialdirektor Caspar machte zur Beilegung des Streiks den Vorschlag, Handelsminister Dellbrück solle sich an den Syndikus Dr. Müller in Frankfurt a. M., den Vorsitzenden des Zentral-Schiedsgerichts für das Schneidergewerbe, wenden, um diesen zu veranlassen, als Unparteiischer die Vermittlung in den schwebenden Differenzen zu übernehmen und beide Parteien zu gemeinsamen Verhandlungen einzuladen. Diese Verhandlungen sollten am Dienstag in Frankfurt a. M. stattfinden. Beide Parteien haben den Vermittlungsvorschlag angenommen. Damit würden die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, die im Februar begonnen, und nach einigen Tagen abgebrochen wurden.

Der Bergarbeiterbewegung in Frankreich. Aus Paris wird unterm 21. März berichtet: Von 6808 Bergleuten im Becken von Angin sind heute noch 4182 ausständig; der Streik ist also in der Abnahme begriffen und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm keine lange Dauer mehr beschieden sein wird.

Zum englischen Bergarbeiterstreik wird uns aus London telegraphiert: Die Verhandlungen über die Regulierungsvorlage im Parlament, die für Montag angelegt waren, sind vertagt worden, da durch die Weigerung der Regierung, die Mindestforderung der Bergarbeiter, den Zwei- und Fünf-Schilling-Minimallohn der Vorlage einzustellen, die Vorlage für die Bergarbeiter unannehmbar geworden ist. Am Montag früh wird durch die Vermittlung der Regierung eine Konferenz der Unternehmer und der Arbeiter stattfinden, um zu versuchen, die Unternehmer dazu zu bewegen, die angebotenen Mindestforderungen anzunehmen. Aus bester Quelle erfahren wir, daß die Annahme der Forderung durch die Unternehmer unwahrscheinlich ist. Sollte die Regierung dann ihre Vorlage im Parlament weiter vertreten, so wird die Bergarbeiterorganisation wahrscheinlich eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern über die Vorlage vornehmen lassen.

Die Automobiljustiz gegen Streiklinder

wird im Ruhrrevier fortgesetzt. Vom Schöffengericht Hattingen wurde am 21. März der Bergmann Kubis aus Dahlhausen mit zwei Monaten Gefängnis bestraft, weil er angeblich einen Arbeitswilligen durch Drohungen von der Arbeit abzuhalten versucht hatte.

Das Schöffengericht zu Herne verurteilte die Ehefrau des Bergarbeiters Kubla, die von ihrem Fenster aus einem Arbeiterwilligen das Wort „Streikbrecher“ zugerufen hatte, wegen Verurteilung zu einem Monat Gefängnis.

Das Schöffengericht in Castrop verurteilte am Montag wieder eine Anzahl streikender Bergleute ab. Am Abend des 12. März sollten die Arbeiter Rathaus, Marson und Behr festgenommen werden. Es gelang ihnen jedoch, zu entkommen und bei den Eheleuten Schneider einstweilen Unterschlupf zu finden. Das Urteil lautete gegen jeden auf drei Monate Gefängnis. Die benannten Eheleute erhielten wegen ihres Vorgehens gegen das Strafgesetz je acht Tage Haft. Die Bergleute Gorn und Jankowski wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. So der Bericht der „Dortmunder Zeitung“, aus dem leider nichts näheres zu ersehen ist, was die exorbitanten Strafen auch nur einigermaßen verständlich machen könnte.

Schwere Urteile haben auch die Gerichte in Duisburg ausgesprochen. Drei von acht Fällen mußten jedoch von vornherein vertagt werden, da der Verteidiger behauptete, die außergewöhnliche Nachmittagsführung sei auf Anordnung der Regierung angelegt worden. Er lehnte daher den Gerichtslohn wegen Verzögerung der Befangenheit ab. — Der fürbereiher Paul Wieland aus Hamborn, der einen Polizeikommissar durch einen Wurf mit der Grubenlampe verletzt haben soll, erhielt vier Monate Gefängnis. — Dem Kesselheizer Johann Gadowa, der den Polizeikommissar Bunte durch die Worte: „Da ist der Lump!“ beleidigt hatte, wurde ein Monat Gefängnis zubilligt. — Der Bauer Titus Gutornit aus Marxloh wurde zu sechs Monaten Ge-

fängnis und 80 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er soll auf Polizeibeamte geschossen haben, getroffen wurde niemand. — Wegen Beleidigung von Arbeitswilligen erhielt der Schlepper Franz Schmitt aus Bruchhausen eine Woche Gefängnis. — Der Bergmann Jakob Kreißner aus Hamborn, der mit Steinen und einem fast 80 Zentimeter langen Dolch angetroffen wurde und der auch mit Steinen gemorfen haben soll, wurde vor das Schwurgericht verwiesen. Er war bei dem Zuzug in der Grünstraße beteiligt gewesen, bei dem Bürgermeister Schrecker von Hamborn durch einen Steinwurf am Bein verletzt worden war. Das Gericht erklärte sich für unzuständig, weil der Angeklagte des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs dringend verdächtig erscheine. Auch die Strafkammer des Landgerichts Münster hat sich mit Streikvergehen befaßt. Der Bergmann Wilhelm Meumann hatte am 18. März auf Bege „Rabob“ dem Streikkommando, einer Abteilung Jäger, die Worte zugerufen: „Vor euch Lumpen sind wir nicht bang!“ Da er wegen Beleidigung schon mehrfach bestraft ist, so lautete das Urteil auf zwei Monate Gefängnis. — Der Bergmann Ludwig Peters erhielt drei Wochen Gefängnis, weil er vor einigen Tagen in der Nähe von Werne einen Arbeitswilligen „Lump“ und „Streikbrecher“ genannt hatte. — Wegen den Bergmann Seidler wurde auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat erkannt. Er war am 18. März in Ebenkamp bei Werne der Aufforderung eines Gendarms, weiterzugehen, nicht nachgekommen. Die Verurteilten stehen im Alter von 18 bis 20 Jahren.

Am Bochumer Landgericht sind jetzt schon 800 Anklagen wegen Streikvergehens eingereicht worden. Drei Staatsanwälte sind eigens mit der Abfassung der Anklagen beschäftigt. Auch eine neue Schreibmaschine hat man zur Bewältigung der Arbeit angeschafft.

Aus dem Gerichtssaal.

„Terrorismus“ und „Landfriedensbruch“. Just zur selben Stunde, wo die Zentrumsbewegung und ihre Presse über den Streikterrorismus der sozialdemokratischen Bergarbeiter schreiben, hat die Kölner Strafkammer acht Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes neben vier Mitgliedern der freien Gewerkschaft wegen eines angeblichen Streikvergehens zu Gefängnisstrafen von 3-4 Monaten verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich der christliche Gewerkschaftsbeamte Becker aus Köln, der vier Monate erhielt. Die Verurteilten hatten sich Ende Mai gelegentlich eines Streiks in Gendorf (Landkreis Köln) zu der Baustelle des Bauunternehmers Wieland begeben. Sie gerieten dort mit diesem und den Arbeitswilligen aneinander, wobei der Beamte mit einem Ziegelstein in die Seite gemorfen wurde. Als nachher etwa zwanzig Streikende wieder an die Baustelle kamen, gab der Unternehmer zwei Schreckschüsse ab. Darauf warfen die Arbeitswilligen mit Ziegelsteinen und vertrieben die Streikenden mit langen Stangen. Als diese nochmals an der Baustelle erschienen, wurden sie von Dorfbehörden mit Knüppeln und Dreschflegeln weggejagt. Die Anlage lautete auf Zusammenrottung, um mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten zu begehen. Becker soll seine Kollegen zu dem Vorgehen veranlaßt haben. Er befand sich unter der „Zusammenrottung“. Das Gericht erkannte an, daß von den Arbeitswilligen zuerst gemorfen worden sei. Becker erklärte, erst nach einem Ziegelstein gegriffen zu haben, als der Unternehmer Miene machte, ihn zu schlagen. Ferner sollen die Streikenden den Unternehmer und die Arbeitswilligen beschimpft und bedroht haben. Die Bestrafung der zwölf Arbeiter ist genau so ungerecht, wie in früheren ähnlichen Prozessen. Den Zentrumschristen aber wird sie zu Gemüte führen, wie infam das Terrorismusgeschrei und der Ruf nach bewaffneter Macht jetzt im Kohlengebiet ist.

Ein schimpfender Agrarier vor Gericht. Daß sich ein Amtsanwalt einmal über die Klassenjustiz hinwegsetzen vermag, kommt so selten vor, daß wir unjeren Lesern den folgenden Fall nicht vorenthalten wollen. Aus Halle a. S. wird berichtet: Der wohlhabende Gutsherr Otto Hoffmann aus dem Nachbarorte Domnitz war am 4. Januar mit seinem Kutscher Schulze über die Reinigung eines Wagens in Wortwechsel geraten. Der Gutsherr rebete den 34jährigen Kutscher mit den Worten: „Du bist ein Dreckschwein“ an, und er soll dann auch noch, so behauptete der Kutscher, die Ausdrücke „Lausejunge“ und „Hohjunge“ gebraucht haben. Der beleidigte Kutscher verließ sofort den Dienst und erhielt auch von Hoffmann seine Papiere ausgehändigt. Hinterher benutzte der Gutsherr aber den Kutscher wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes und verlangte die Bestrafung des Mannes. Gegen das dem Kutscher überlassene Strafmandat erhob dieser vor dem Halleschen Schöffengericht Einspruch. Da Hoffmann vor dem Gericht zugeben mußte, seinen Knecht beleidigt zu haben, erklärte der Amtsanwalt, wie Zeuge bei dieser Sachlage noch dazu komme, einen Strafantrag wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes zu stellen? Hoffmann suchte darauf mit den Achseln. Als aber dann die beantragte Freisprechung des Kutschers erfolgte, verließ sich der Agrarier zu der Äußerung: „Solche werden immer freigesprochen.“ Der Amtsanwalt erklärte in diesen Worten eine Ungeduld vor Gericht und beantragte gegen den Agrarier, der bereits den Gerichtssaal verlassen hatte, eine Geldstrafe von 20 Mk. Nachdem man den Inkulpanten wieder in den Gerichtssaal geführt hatte, wurde er mit 10 Mk. bestraft. Darauf der Agrarier in höhnischem Tone: „Danke schön, meine Herren, soll ich gleich zahlen?“ Und dann machte er sich schleunigst aus dem Saale. Darauf der Amtsanwalt protestierend: „Das ist doch aber stark, ich verlange eine höhere Bestrafung des Mannes.“ Als der Richter dann eine Bewegung machte, den Agrarier laufen zu lassen, erhob sich der Amtsanwalt nochmals und sagte: „Als ich ein Arbeiter neulich bei einem Urteil bedankte, hat man ihn hier zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe von einem Tage verurteilt; ich verlange, daß bei dem Gutsherrn dasselbe Strafmaß zur Anwendung kommt.“ Der Amtsanwalt setzte es durch, daß der Agrarier tatsächlich zu einer sofort zu verbüßenden Haftstrafe von 24 Stunden verurteilt wurde. Der Agrarier machte ein verflucht dummes Gesicht, als er eingesperrt wurde.

Ein „geschmierter“ und „gespickter“ Feldweibel. Interessante Einzelheiten über „Schmierereien“ beim Militär wurden in einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht aufgerollt, wo sich wegen Annahme von Geschenken von Untergebenen in einer Unmenge von Fällen und Abhaltung eines Untergebenen von einer Beschwerde der im 20. Dienstjahr stehende Feldweibel Raacke vom Grenadier-Regiment Nr. 101 zu verantworten hatte. Der Angeklagte war dafür bereit, daß er sich gehörig „spicken“ ließ. Die Anklage greift auf Vorgänge bis 1907 zurück. Damals zahlten drei Einjährigeeine größere Summe für Bekleidung, es blieb aber ein erheblicher Rest, den sich der „Herr Feldweibel“ gewaltig an-

